



Unterschriftenaktion der *ver.di*-Personalräte in der Bundesagentur für Arbeit für eine eigenverantwortliche Aufgabenwahrnehmung im Bereich des SGB II



Die unterzeichnenden Personalräte/-innen sind zu der einhelligen Erkenntnis gekommen, dass die unzumutbaren Angriffe der letzten Wochen auf eine bundeseinheitliche Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmarktpolitik nicht mehr länger hingenommen werden können.

Die Bundesregierung schlägt zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 20. Dezember 2007 vor, dass künftig die Aufgaben des SGB II in eigenverantwortlicher Aufgabenwahrnehmung durchgeführt werden. Dies ist die einzig richtige und logische Konsequenz, um eine verfassungsgemäße Lösung zu erreichen.

Die immer wieder erhobene Forderung nach einer Kommunalisierung ist und bleibt der falsche Weg; sogar über eine Ausweitung der verfassungsrechtlich umstrittenen Optionskommunen wird verbissen gerungen.

In der Diskussion völlig ausgeblendet wird, wie sich die Situation der Kunden/-innen und Beschäftigten im Bereich der Arbeitslosenhilfe bis zum Jahr 2004 dargestellt hat.

Die Frage nach einer Verzahnung zwischen den Rechtskreisen SGB II und SGB III wird nicht gestellt und eine Zerschlagung der BA billigend in Kauf genommen.

Die unterzeichnenden *ver.di*-Personalräte in der Bundesagentur für Arbeit haben deshalb die nachfolgende Resolution verabschiedet:

Es reicht!

Seit mehreren Wochen beobachten wir, wie sich berufene und nichtberufene Interessenvertreter aus Kommunen, Landes- und Bundespolitik unqualifiziert zur erforderlichen Neuorganisation SGB II äußern.

Es wird dabei behauptet, Kommunen könnten das besser, preiswerter und effektiver, da sie näher an den Menschen wären, als diese „zentralistische Bundesagentur“.

Seit Wochen hören sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BA diesen Schwachsinn unkommentiert an, weil wir bisher davon ausgingen, dass letztendlich sachliche Entscheidungen getroffen werden, die für alle Beteiligten unter den gegebenen Umständen die besten sind.

Die Aktivitäten von kommunalen Personalvertretern, die offen die Ausweitung von Optionen und die Übertragung der gesamten Aufgaben auf die Kommunen fordern, bringen nun das Fass endgültig zum Überlaufen.

Arbeitsmarktpolitik darf nicht zur Kirchturmpolitik verkommen, die Förderung von Arbeitslosen darf nicht an Stadt- bzw. Kreisgrenzen enden; ein globaler Arbeitsmarkt braucht eine globale Organisation.

Zweifelhafte Gutachten dürfen nicht Grundlage für Entscheidungen sein.

Geht es bei der Forderung nach Kommunalisierung eigentlich um die Interessen der betroffenen Leistungsempfänger/-innen, oder spielen dabei auch Interessen kommunaler Maßnahmeträger, mit Personalüberhängen kämpfende Kämmerer oder auch einzelne, mit viel zu gut dotierten Verträgen ausgestattete Geschäftsführer/-innen von ARGEn eine größere Rolle?

Auch die von der SPD favorisierten Zentren für Arbeit- und Grundsicherung (ZAG), die dieser Tage wieder massiv – verbunden mit dem Ruf nach einer Grundgesetzänderung – gefordert werden, sind nicht die Lösung, sondern würden zu einer weitaus größeren Bürokratisierung der Aufgabenerledigung führen, als alle anderen auf dem Tisch liegenden Modelle.

370 eigenständige Dienststellen könnten in keiner Weise eine einheitliche, bundesweite Aufgabenerledigung und rechtliche Gleichbehandlung sicherstellen.

Nachdem nun drei Jahre politisches Taktieren zu keiner Lösung geführt haben, unterstützen wir die Bundesarbeitsministerin von der Leyen in ihrer Absicht, durch ein Gesetz zur eigenverantwortlichen und kooperativen Aufgabenwahrnehmung in der Grundsicherung endlich für Klarheit und Planungssicherung zu sorgen.

Danach sollten wir uns alle gemeinsam – Beschäftigte der BA und der Kommunen – auf die Aufgabe konzentrieren, möglichst viele Erwerbsfähige dauerhaft in den Arbeitsmarkt einzugliedern.

Dabei bedarf es der Kompetenzen beider Seiten, ganz im Sinne des vorliegenden Gesetzesentwurfes.

Wir – die Personalräte der Bundesagentur für Arbeit – fordern die Regierung und den Deutschen Bundestag auf, auch wegen der mittlerweile immer knapper werdenden Zeit, das Gesetz schnellstmöglich zu verabschieden.